

Caritas fordert Aufnahme
syrischer Flüchtlinge Seite 11Kantone wollen Einwanderung
selbst steuern Seite 11Wenn Parlamentarier im Ausland
ihre Meinung kundtun Seite 11Zuger fürchten eine Ausspähung
durch die USA Seite 13

Partizipation statt Rechtsweg in der Raumentwicklung

Gedankenanstösse aus den Niederlanden zum Management der immer grösseren baulichen Dichte

In der Schweiz wird mit Verrechtlichung auf die Zunahme von Menschen und Bauten reagiert. Dass es auch andersherum geht, machen Ansätze aus den Niederlanden deutlich. Schlüssel zum Erfolg sind klare Ziele und permanenter Dialog.

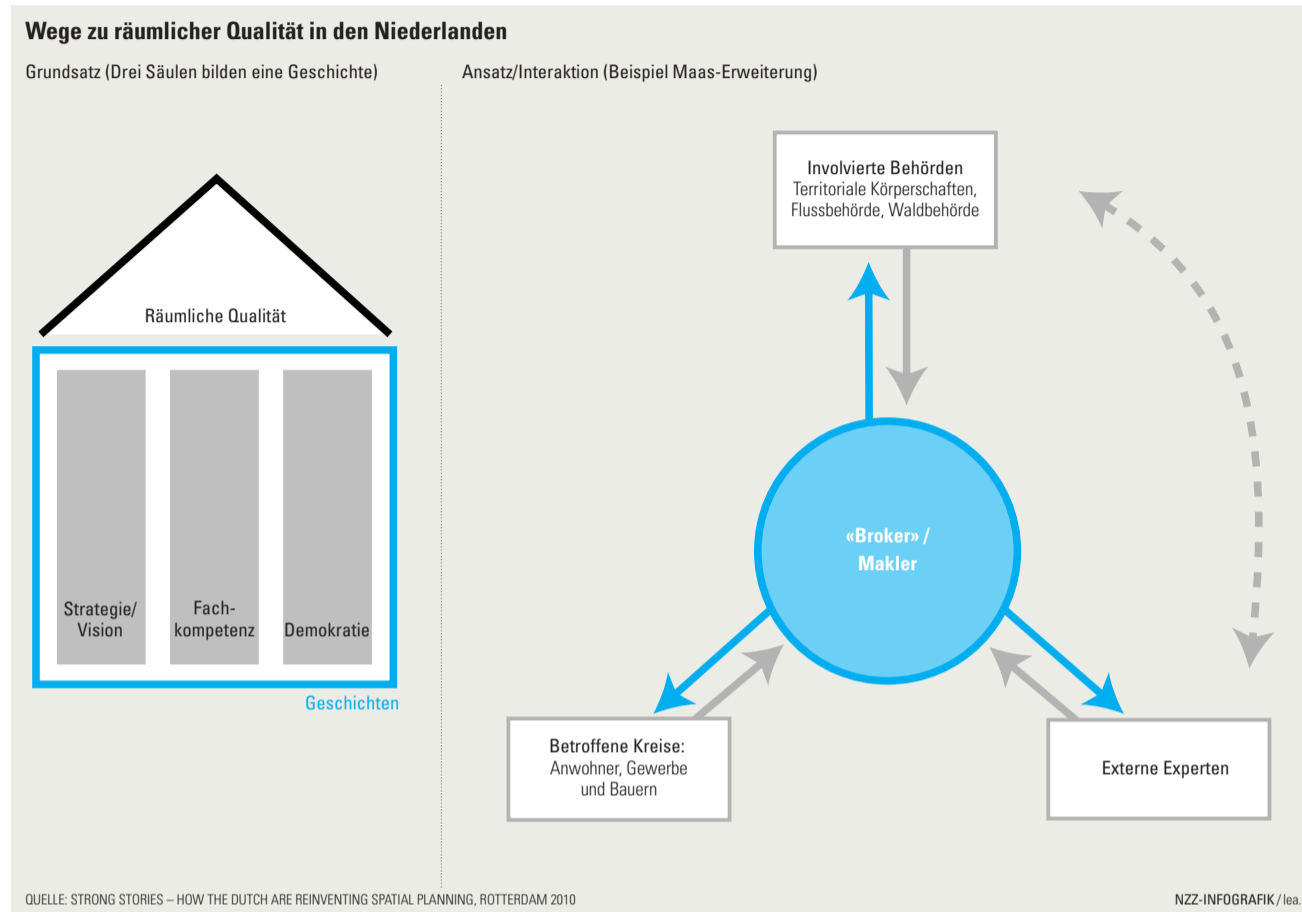
Paul Schneeberger

Wenn es um das Management der zunehmenden baulichen Dichte geht, lohnt sich der Blick in die Niederlande. Im am dichtesten besiedelten Land Europas leben im Schnitt 400 Personen auf einem Quadratkilometer. In der Schweiz sind es 252 Personen, wenn man ihre Fläche um jenen Viertel reduziert, der nicht nutzbar ist. Der jüngste Austausch, der Einblicke in das Management der Dichte im dezentralen Ballungsraum in der Nordwestecke Kontinentaleuropas vermittelte, fand in Zürich auf Einladung des ETH-Architekturprofessors Kees Christiaanse und der Zeitschrift «Hochparterre» statt.

Blockaden vermeiden

Vor allem der prozedurale Zugang der Niederländer zur grundlegenden baulichen Herausforderung in beiden Ländern – viele Bauten und Infrastrukturen auf knappem Raum unter einen Hut zu bringen – ist bemerkenswert. Die Schweiz befindet sich dabei in einer Phase zunehmender rechtlicher Restriktionen – vom Verfassungsartikel gegen den Zweitwohnungsbau über das revidierte eidgenössische Raumplanungsgesetz bis hin zu Landschaftsinitiativen auf kantonaler Ebene.

In den Niederlanden mit ihrer grossen Tradition in der Raumplanung werden die – traditionell straffen – Zügel



demgegenüber gelockert, und es werden partizipative Verfahren angewendet, die auf die jeweiligen Problemlagen zugeschnitten sind. Ziel ist es unter anderem, damit jene rechtlichen Blockaden zu vermeiden, die in den klassischen behördlichen Verfahren hierzulande zunehmen.

So ist zum Beispiel der auf Jahre hinaus grösste Stauschwerpunkt auf dem schweizerischen Nationalstrassennetz eine Folge der via Rechtsweg abgewickelten Auseinandersetzung zwi-

schon dem Bundesamt für Strassen und der davon stark betroffenen Gemeinde Weiningen über die konkrete Gestaltung des Ausbaus der Zürcher Nordumfahrung von vier auf sechs Spuren. Innovative Ansätze in den Niederlanden setzen weit vor der formellen Planauflage an. Unmittelbar betroffene Personen und Unternehmen werden früh angegangen. Und der Beizug neutraler, für den Interessenausgleich besorgter Makler oder Broker bewirkt, dass Bedenken und Vorschläge von dieser Seite

gleich gewichtet werden wie behördliche Lösungsvorschläge. Insofern geht es nicht darum, den Betroffenen eine behördliche Lösung möglichst gut zu «verkaufen», sondern sie ernsthaft in die Lösungsfindung einzubeziehen – dies unter der vertrauensbildenden Prämisse, dass die anstehende Veränderung die Qualität des betroffenen Raums nicht verschlechtert, sondern vielmehr verbessern soll.

Die rechte der beiden abgebildeten Grafiken zeigt den Ansatz, der im Falle

einer Verbreiterung der Maas in der Provinz Limburg gewählt wurde. Aus parallelen Gesprächen mit Betroffenen, Behörden und Experten resultierten sechs mögliche Strategien. In der Folge wurden an einem eintägigen Workshop alle beteiligten Gruppen zusammengeführt; dort leiteten sie daraus einen konsensualen und finanzierbaren Lösungsansatz ab.

Grenzüberschreitender Blick

Neben ernsthafter Partizipation prägt ein zweites Element die niederländische Raumplanung: pragmatische territoriale Ansätze. Basierend auf dem ebenso wie in der Schweiz informellen nationalen Raumkonzept, werden regionale Strategien zur räumlichen Entwicklung abgeleitet. In Amsterdam etwa hat die Stadt mit 36 umliegenden Gemeinden ein solches Entwicklungskonzept für die gesamte Metropolitanregion entwickelt und politisch beschlossen. Sie löste sich dabei 2006 vom bis dahin üblichen kommunalen Blickwinkel, wie er in der Schweiz auch in grossen Städten immer noch dominiert.

Bei diesem Konzept handelt es sich nicht, wie dies kantonale Richtpläne oder kommunale Bau- und Zonenordnungen in der Schweiz sind, um verbindliche Rahmenbedingungen für die bauliche Weiterentwicklung. Säulen der Strategie sind sogenannte Geschichten, in denen Ziele für die Weiterentwicklung der grössten Stadtregion des Landes in allen Belangen abgeleitet werden – die Ausgangspunkte reichen von der Altstadt bis zum Flughafen und zu deren Potenzialen.

Bestehend an diesem Ansatz ist nicht nur, dass er politische Grenzen überwindet, sondern auch, dass er – anders als die Raumplanung in der Schweiz – primär Ziele definiert und nicht Massnahmen oder Instrumente.

Verdichtung ohne Dichtestress

Grüne fordern verdichtetes Bauen in den Städten

Die Grüne Partei ist unzufrieden mit der Umsetzung des revidierten Raumplanungsgesetzes. Sie fordert Anreize für die bessere Nutzung von bebauten Flächen.

For. Bern · Nach dem Gewerbeverband (NZZ 11. 4. 14) haben am Dienstag die Grünen ihre Rezepte zur Raumentwicklung präsentiert. Lebenswerte Siedlungen und verdichtetes Bauen müssten keine Gegensätze sein, sagte Nationalrat Alec von Graffenried. Dazu sollte der Staat jedoch die richtigen Anreize setzen. Aus Sicht der Grünen hat das Volk mit der Zustimmung zum revidierten Raumplanungsgesetz und zur Zweitwohnungsinitiative eine «Raumplanungswende» eingeleitet, die vom Bundesrat jedoch nicht konsequent vollzogen werde. So schaffe die neue Raumplanungsverordnung, die Anfang Mai in Kraft tritt, keine Anreize zur Verdichtung, weil sie zur Bestimmung der Baulandreserven von der 11-Millionen-Schweiz ausgehe. Dies ermögliche es den Gemeinden, ihre Bauzonen zu vergrössern. Das sei ein Spiel mit dem Feuer, denn mangels überzeugender Lösungen entscheide sich ein Teil der Bevölkerung für die Abschottung, sagte Adèle Thorens, Co-Präsidentin der Grünen. Falls das Parlament das Gesetz zur Zweitwohnungsinitiative nicht verschärft, wollen die Grünen das Referendum ergreifen. Der Bundesrat schenke sein Gehör primär der Baulobby und nicht der Bevölkerung.

Die Partei fordert, dass Kantone und Gemeinden zuerst die Potenziale der

Verdichtung nutzen, bevor sie neue Bauzonen schaffen. Beispielsweise seien Zonen, die Gebäude auf zwei Stockwerke limitieren, sowie tiefe Nutzungsziffern zu überdenken. Die Grünen werden dazu eine Motion einreichen. Um den Wohnraum besser zu nutzen, soll der Bund Hauseigentümer finanziell unterstützen, damit diese den Wohnraum in bestehenden Bauten vergrössern oder diese durch neue Häuser ersetzen. Um den sich laufend verändernden Lebensumständen der Menschen gerecht zu werden, soll der Bund auch modulare Wohneinheiten fördern. Damit könnten Eltern nach dem Auszug ihrer Kinder im vertrauten Wohnumfeld bleiben, aber nicht mehr benötigten Wohnraum abgeben.

Damit verdichtete Siedlungen attraktiv sind, braucht es laut den Grünen Begegnungszonen, Grünflächen und Verkehrsberuhigung. Dazu gehört auch eine Reduktion des motorisierten Individualverkehrs. Autos müssten Platz freigeben zugunsten von Wohnraum und öffentlichen Plätzen, sagte Thorens. Die Votanten verhehlten dabei nicht, dass es Widersprüche gibt zwischen der räumlichen Trennung von Wohnort und Arbeitsplatz und der Forderung nach eingeschränkter Mobilität.

Beispiele gelungener Projekte sehen die Grünen in Renens und in Basel. In Renens, das 2011 zusammen mit acht weiteren Gemeinden den Wakker-Preis erhielt, sei es gelungen, die Bevölkerung in die Projekte einzubeziehen. Die Gemeinde am Genfersee hat einen zentralen Platz neu gestaltet und auf über der Hälfte ihrer Strassen das Tempo auf 30 reduziert.

Bern verliert die Freude am Cup-Final

Die Stadtregierung bespricht am Mittwoch, ob Bern das Sport-Grossereignis behalten soll

Unverständnis und Frust über die Ausschreitungen beim Cup-Final sind in Bern gross. Mit einem Fussballfest hätten solche Fanmärsche nichts zu tun. Nun wollen die Sicherheitsdirektoren den Druck auf den Fussballverband und die Klubs erhöhen.

Daniel Gerny

Unzählige Mails hat Hans-Jürg Käser, Sicherheitsdirektor des Kantons Bern, nach dem Cup-Final erhalten – alle mit derselben Stossrichtung: Bern brauche keinen Cup-Final mehr, solange YB nicht mitspielt. Der Frust und die Wut über die Sachbeschädigungen sind erheblich – auch wenn der ganz grosse Knall ausgeblieben ist. Die Stadt habe den Fans noch eine Chance gegeben, doch sie hätten sie nicht genutzt, meint Käser, der auch Präsident der Konferenz der kantonalen Polizeidirektoren (KKJPD) ist: Man müsse sich überlegen, ob der Cup-Final jedes Mal hier stattfinden solle. Stadtpräsident Alexander Tschäppät sagte gegenüber Radio SRF: «Wir sind nicht mehr bereit, jeden Ostermontag Berns Image als friedliche Stadt aufs Spiel zu setzen.»

Zürich-Fans im Visier

Auch Retos Nause, Sicherheitsdirektor der Stadt Bern, die über die Durchführung entscheidet, zieht eine durchgezogene Bilanz. Während sich die Fans des FC Basel einigermaßen an die Abmachungen und die vereinbarte Route

gehalten hätten, sei dies bei den Anhängern des FC Zürich nicht der Fall gewesen. Zwar standen die Behörden im Kontakt mit Fanbegleitern – doch die Aufforderung, sich an die Abmachungen zu halten, musste schliesslich dennoch durch die Polizei erfolgen. Auf dem Weg durch die Innenstadt wurden dann von Vermummten Schaufenster zerstört. Der Sachschaden beträgt mehrere zehntausend Franken, wie ein Sprecher der Berner Kantonspolizei auf Anfrage erklärte. Wer für die Kosten aufkommt, ist offen. Unklar ist laut Nause auch, ob sich der Schweizerische Fussballverband (SFV) an den Sicherheitskosten beteiligt. Vereinbart ist, dass diese Beurteilung nun durch die Stadt und den SFV vorgenommen wird.

Fanmärsche zu attraktiv

Ob der Cup-Final im nächsten Jahr wieder in Bern angepfiffen wird und unter welchen Bedingungen, ist derzeit offen. Der Entscheid liegt in der Kompetenz der Stadt Bern. Nause machte dazu am Dienstag allerdings keine Angaben und verwies auf die Sitzung der städtischen Exekutive von diesem Mittwoch. Mit einem definitiven Entscheid ist wohl aber auch am Mittwoch nicht sicher zu rechnen. Es ist trotz dem Unmut unwahrscheinlich, dass die Stadt Bern den Sportanlass leichtfertig abgibt. Der Cup-Final ist eng mit der Bundesstadt verbunden. 70-mal fand er seit 1926 im Wankdorf statt – nur ausnahmsweise wurde er in Basel, Zürich, Lausanne oder Genf gespielt.

Auch die von Käser ins Spiel gebrachte Idee, dass der Cup-Final jeweils

im Stadion einer der beteiligten Mannschaften stattfinden könnte, scheint angesichts des Turniermodus mit offener Finalpaarung nicht unbedingt realistisch. Wahrscheinlicher ist, dass die Verhandlungen mit dem Schweizerischen Fussballverband weitergehen. Der Tatbeweis, dass sich Fanmärsche gar nicht verhindern liessen, sei für ihn jedenfalls nicht erbracht, sagte Nause. Denkbar sei beispielsweise, dass die Anreise direkt zum Stadion attraktiver gemacht werde, beispielsweise durch die Preisgestaltung oder mit Fan-Dörfern im Umfeld des Stadions. Das würde das Risiko von Ausschreitungen in der Stadt nicht völlig ausschliessen, aber immerhin minimalisieren, meinte Nause.

Kein neues Konkordat nötig

Trotz Ausschreitungen und zerstörten Schaufenstern ist Käser der Ansicht, dass sich das verschärfte Hooligan-Konkordat bewährt hat. Es sei in diesem Jahr erstmals möglich gewesen, den Cup-Final mit Auflagen zu bewilligen, erklärte er. Eine weitere Verschärfung auf gesetzlicher Ebene sei unnötig – die Politik habe ihre Aufgaben gemacht. Nun liege es am SFV und an den Klubs, gezielt Einfluss auf die Fans zu nehmen, meint Käser. Auch aus Sicht von Reto Nause hat sich das verschärfte Konkordat grundsätzlich bewährt. Möglicherweise sei es aber zu kurz vor dem Finalspiel in Kraft getreten, so dass es nicht mehr möglich gewesen sei, beim Fussballverband die nötigen Rahmenbedingungen zur Erteilung der Bewilligung durchzusetzen.

Meinung & Debatte, Seite 21